

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

26.9.1923 (No. 223)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Bersprecher:
Nr. 953
und 954
Festschickende
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten
Chefredakteur
C. K n e d,
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 24.-29. September 6 700 000 M. — Einzelnummer 3 000 000 M. — Anzeigengebühr: 50 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Einschickung heute 30 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, wenn keine Besondere Vereinbarung mit dem Verleger erfolgt, ist der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Verlegerin hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je 26. auf Monatsfluß erfolgen.

Die Einstellung des passiven Widerstandes

Nachdem einmal das Unglück geschehen war, daß man die Franzosen ins Ruhrrevier hereinließ, war der passive Widerstand für uns eine Frage der nationalen Ehre. Und über diese Frage läßt sich nicht diskutieren. Wir mußten, nachdem uns eine ungeschickte Politik an den Rand des alles verschlingenden Trichters herangeführt hatte, um der nationalen Ehre willen auch hineinpringen und können jetzt froh sein, wenn wir einigermassen heil aus der Geschichte wieder herauskommen.

Denn — wir betonen es nochmals — der passive Widerstand war zumal so, wie er praktisch geführt wurde, das miserabelste Geschäft, in das sich je ein Volk eingelassen hat. Daß gilt sowohl für die äußere Politik, wie für die innere und die Finanzpolitik. Am schlimmsten aber hat sich das Unternehmen an unseren Finanzen gerächt.

Wie oft konnte man in den Jahren 1920, 21 oder 22 hören, daß wir jetzt finanziell am Ende seien, daß uns das wirtschaftliche Chaos unmittelbar bevorstehe, ja, daß wir schon mitten im Abgrund seien. Damals hätte es wohl niemand für möglich gehalten, daß sich dieser angeblich chaotische Zustand im Jahre 1923 noch um ein Nichts verschlimmern könnte. Man mag daraus ersehen, daß die Widerstandskraft eines Volkes doch viel größer ist, als allgemein angenommen wird, und man kann daraus weiter entnehmen, daß vergleichsweise der Pessimismus der vergangenen Jahre, vor allem der des Jahres 1922, in seiner übertriebenen Form sicherlich nicht berechtigt war. Damals hätte sich mit gutem Willen, d. h. wenn alle Schichten unseres Volkes, also auch die Reichen, mitgemacht hätten, noch manches zum Heile unseres Volkes vollbringen lassen, was heute, im Augenblick so gut wie ausgeschlossen ist.

Wie jetzt immer mehr bekannt wird, war der eigentliche Negativ Deutschlands während der letzten 10 Monate nicht etwa der Mann, der dem Reichskabinet seinen Namen gab, sondern Herr Helfferich. Nichts kann die grauenvolle politische Zustimmungslosigkeit unseres Volkes besser kennzeichnen, als diese Tatsache. Denn, wenn es überhaupt noch neben Ludendorff einen Mann gibt, der uns während des Krieges geschadet hat, wenn überhaupt eine Persönlichkeit namhaft zu machen ist, die letzten Endes das ganze Finanzelend Deutschlands verschuldet hat, so ist es Herr Helfferich. Und ausgerechnet dieser Mann hat, ohne daß der Reichstag auch nur einen Finger zu rühren wagte, teils vorne, teils hinten herum die Politik des Kabinetts Cuno entscheidend beeinflusst. Derselbe Mann hat aber auch noch in den letzten Wochen nach dem Rücktritt dieses Kabinetts eine Rolle spielen dürfen, wie sie in einem Volke, das politische Vernunft besitzt, einfach undenkbar wäre.

Und so hat denn wohl das Geschick seinen Lauf nehmen müssen. Erst der furchtbarste Zusammenbruch, erst der erneute Verlust eines Krieges, diesmal eines Krieges ohne Waffen, hat der Mehrheit des Volkes darüber die Augen zu öffnen vermocht, daß wir wieder einmal schlecht geführt und schlecht beraten gewesen sind. Gewiß läßt das politische, amoralische und materielle Elend dieser Tage nur in einem Bruchteil des Volkes, d. h. nur in feilen, feilen Menschen, eine ruhige und besonnene Betrachtungsweise aufkommen. Und zweifellos ist auch dieses Elend daran schuld, daß wir so gar nicht mehr auf den grünen Zweig kommen können. Aber daneben ist es vor allem die politische Zustimmungslosigkeit, der Hang zu kindlicher Trümmerei, die Reizung zu einer gefühlsmäßigen Betrachtung der Dinge, die es dahin gebracht haben, daß wir erst den Schrecken dieser letzten 10 Monate erleben mußten.

Wir wollen damit das Kapitel über das Thema „Reichskabinet Cuno“ schließen und uns nur noch die eine Bemerkung gestatten, nämlich die, daß alle früheren Kabinetts sich im wesentlichen aus Männern zusammensetzten, die unter dem alten System unter keinen Umständen Minister oder Staatssekretäre geworden wären, daß dagegen das Kabinet Cuno mit seinen wirklich marfanthen Mitgliedern auch unter dem alten System denkbar gewesen wäre. Vielleicht zieht der Reichstag einmal aus dieser Tatsache, die ja zu mancherlei Schlüssen einladet, auch seinerseits die Nutzenwendung.

Der passive Widerstand muß abgebrochen werden, weil wir sonst an seiner Fortsetzung zugrunde gehen, und

zwar schon in aller nächster Zeit. Die Vertreter von Rhein und Ruhr, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben der Auffassung der Reichsregierung zugestimmt, und das Gleiche hören wir jetzt von den Ministerpräsidenten der Länder. Hier ist sogar eine völlige Übereinstimmung erzielt worden. Wie die Blätter melden, hat auch der bayerische Ministerpräsident zugestimmt.

Wir sind jetzt ganz auf die Verhandlungen mit Frankreich angewiesen und können nur hoffen, daß Frankreich jetzt, nachdem seine Vorbereitungen erfüllt sind, wenigstens mit einiger Vernunft u. Mäßigung an die weitere Regelung der Dinge herangehen wird. England wird sich an dieser Regelung beteiligen u. sicherlich, soweit die wirtschaftliche Vernunft in Betracht kommt, für eine Politik der Mäßigung eintreten. Ob es damit bei Frankreich Glück haben wird, ist eine andere Frage.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die jetzt in London mit allem Nachdruck unterstrichene und auch von neutralen Beobachtern bestätigte Tatsache, daß die britische Regierung offiziell dem deutschen Vorschlag in London trauer wieder und wieder erklärt hat, daß Deutschland auf eine aktive Hilfe in seinem Kampf nicht rechnen könne, und daß es deshalb rassem sei, diesen Kampf möglichst bald zu beendigen. Ob der Vorschlag in diesem Sinne nach Berlin berichtet hat, wissen wir nicht. Aber es ist wohl anzunehmen, daß er der Wahrheit entsprechend berichtet hat. Beachtet worden sind seine Berichte jedenfalls nicht. Denn sonst wäre eine Fortsetzung des passiven Widerstandes — zumal in Formen, die schon auf der Grenze zwischen passivem und aktivem Widerstand liegen — unmöglich gewesen.

Für das deutsche Volk gilt jetzt nur das Eine: im Innern die Ruhe und Ordnung zu bewahren und sich der neuen Situation so anzupassen, daß nicht noch schlimmeres geschieht. Wir brechen den passiven Widerstand ab, um uns zu retten, und um endlich mit Frankreich zu einem Arrangement zu gelangen, das uns wieder langsam hochkommen läßt. Wer heute die öffentliche Ordnung stört, wer heute mit Putzschabjichten herumgeht, der besorgt damit die Geschäfte Frankreichs. Denn das will ja gerade Frankreich und das braucht es ja gerade für seine Politik, daß wir ewig uneins sind, daß wir uns ewig untereinander bekämpfen.

Daß Putzsch ab sich keinen dauernden Erfolg haben werden, daß die Staatsautorität fest genug ist, um sie zu vereiteln, davon sind wir überzeugt. Aber sie würden neuen unermesslichen Schaden im Innern anrichten und Frankreich neue, höchst willkommene Vorwände liefern. Wer also wirklich vaterländisch fühlt und denkt, der hat sich heute hinter die Reichsregierung zu stellen. Leicht ist der Reichsregierung der Entschluß wahrlich nicht geworden. Aber er mußte gefaßt werden, wenn wir die Existenz des Reiches retten wollten.

Das Ergebnis der Berliner Beratungen

Die Reichsregierung hat nun den schwerwiegenden Beschluß gefaßt, den passiven Widerstand abzubrechen, ohne daß sie vorher von Frankreich Zusicherungen erhalten konnte über das Schicksal von Rhein und Ruhr, die Freilassung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, Sicherheit von Person und Eigentum in den bedrohten Landesteilen. Die Reichsregierung hat sich dabei ins Reichselend geschickt, sowohl mit den Vertretern des Ruhrgebietes wie mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder und den Führern der Reichstagsfraktionen. Die Ruhrvertreter haben mit Ausnahme der Deutschnationalen der Politik der Reichsregierung ihre Zustimmung gegeben, ebenso die Ministerpräsidenten der Länder, wobei nach Berliner Meldungen auch der bayerische Ministerpräsident die Wichtigkeit des Beschlusses der Reichsregierung eingesehen hat. Auch die Führer der Reichstagsfraktionen haben sich in einer am Dienstag nachm. abgehaltenen Konferenz den Auffassungen des Reichs-Lanzlers angeschlossen mit Ausnahme des Führers der Deutschnationalen, der den passiven Widerstand sogleich durch schärfere Maßnahmen ersetzt wünschte. Deutschland ist am Ende seiner Kraft angelangt, es hat sich entschlossen, den Kampf abzugeben und den Frieden zu suchen. Frankreich hat ihm dabei das nicht gewährt, was jeder andere Sieger ihm von vornherein gewährt haben würde. Aus Berlin wird berichtet, daß der Wi-

derstand in dieser Woche allein 8000—9000 Billionen Mark kostet, eine Summe, die zeigt, daß er einfach nicht mehr zu finanzieren ist. Es handelt sich also bei dem Beschluß der Reichsregierung um eine Maßnahme, die in jedem Fall hätte stattfinden müssen, auch dann, wenn durch erneute französische Sabotage die bevorstehenden Verhandlungen unmöglich gemacht werden sollten und die Reichsregierung neue Wege suchen muß, die Reichseinheit zu erhalten. Die Plenarsitzung des Reichstags, die ursprünglich am heutigen Mittwoch stattfinden sollte, ist nun auf den morgigen Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt worden. Ob das Ruhrproblem in dieser Sitzung bereits behandelt wird, hängt von den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses ab, der heute nachmittags 4 Uhr zusammentritt. Die Reichsregierung beschäftigt sich nun mit der Frage des Inhalts der angekündigten Proklamation.

Die Konferenz mit den Rhein- und Ruhrvertretern

Aber die am Montag in Berlin stattgefundenen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete wurde noch ein amtliches Communiqué herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

Der Reichs-Lanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes sichern sollten, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

In den Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebiets, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes unbedingt der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse, sonst bestände die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichs-Lanzler fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Montag nachm. fand im Reichs-Lanzlerhaus die Zusammenkunft eines großen Kreises von Vertretern der Wirtschaftskruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete mit den Mitgliedern des Reichs- und preussischen Kabinetts statt. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einschlägigen Art des Abbaus aus und äußerten ihre Wünsche im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse.

Zum Schluß betonte der Lanzler, daß die Reichsregierung auch weiterhin an ihren Zielen, Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr unter allen Umständen festhalten werde. Die Versammlung endete mit einem starken Bekenntnis zur inneren und äußeren Einheit des Reiches.

Die Konferenz mit den Ministerpräsidenten

An der am Dienstag in Berlin abgehaltenen Konferenz nahmen die Ministerpräsidenten aller Länder teil, und zwar Ministerpräsident Braun (Preußen), v. Knilling (Bayern), Dr. Seigner (Sachsen), Kemmerle (Baden), Dieber (Württemberg), Ulrich (Hessen), Stellung (Mecklenburg) usw. über den Verlauf der Konferenz berichtet W.B.:

Nach einer Darlegung des Reichs-Lanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen und vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es die Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer die Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen. Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder den festen Willen, die Einheit des Reiches als ein unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Nach Berliner Meldungen hat in der Besprechung auch der bayerische Ministerpräsident in lokaler Weise die durchschlagenden Gründe anerkannt, die die Reichsregierung zur Einstellung des passiven Widerstandes veranlaßt haben, und sich der Zustimmung der übrigen Ministerpräsidenten ohne Einschränkung angeschlossen. Im Laufe des Tages hatte Herr von Knilling auch mit dem Reichsminister des Innern, Sellmann, eine Aussprache, in der die Verhältnisse in Bayern eingehend erörtert wurden.

